

Die spanische Grippe als Paradigma

Das Paradigma für die heutige Situation ist die Spanische Grippe von 1918-1920. 50- 100 Millionen Tote bei einer Weltbevölkerung von 1,5 Milliarden. Mehr Opfer als der Erste und Zweite Weltkrieg zusammen. Diese Grippe zeichnete sich durch die Eigenschaften aus, leicht übertragbar zu sein, bei einer Todesrate von 2 %. Nach dem das Historiker die Spanische Grippe lange nicht interessiert hat, hat sich seit den 90er Jahren eine intensive historische Pandemieforschung entwickelt. Kongress in Kapstadt 1998. Inzwischen gibt es dazu eine sehr breite Forschungsliteratur.

Im Prinzip gibt es dort zwei Schulen, man kann sie vielleicht die „Optimisten“ und die „Pessimisten“ nennen. Die Optimisten glauben, dass die Spanische Grippe sich aufgrund der veränderten gesellschaftlichen Verhältnisse, des wissenschaftlichen Fortschritts und der besseren Gesundheitssysteme sich so nicht wiederholen kann. In einem ähnlich gearteten Fall könnte man die Opferzahl global unter einer Million halten.

Die Pessimisten glauben, dass die Lage sich nicht grundlegend verändert hat und auch heute Opferzahlen von bis zu 100 Millionen Menschen zu erwarten sind. Beide Seiten sind im Prinzip seriöse Wissenschaftler, mit eben unterschiedlichen Sichtweisen. Bis vor zwei Wochen waren die „Optimisten“ dominant und wohl auch die Mehrheitsmeinung, jetzt haben offenbar durch die Ereignisse in Italien die „Pessimisten“ die Deutungshoheit übernommen. Das erklärt, warum es von Virologen durchaus unterschiedliche Einschätzungen der Gefährlichkeit der aktuellen Epidemie gibt, die zum Teil stark voneinander abweichen.

Die Konzepte zur Bekämpfung der Corona-Krise von heute sind im Prinzip die Konzepte von 1918. „Social Distancing“ war die allgemein übliche Reaktion auf die Pandemie, hat aber den meisten Ländern nicht funktioniert. Erfolgreich war interessanter Weise auch schon damals Korea. Offenbar funktioniert das Konzept vor allem in kulturell homogenen Gesellschaften mit sehr disziplinierter Bevölkerung.

In den meisten anderen Staaten haben sich die Menschen nicht daran gehalten und die Regierungen haben es dauerhaft nicht geschafft das durchzusetzen. In Frankreich wurde etwa von der Regierung die Schließung von Vergnügungs- und Kultureinrichtungen verordnet, aber von den Präfekten nicht durchgesetzt, weil die Proteste der Bevölkerung zu groß waren. Möglicher Weise ist das Präsidialregime heute eher dazu in der Lage als das parlamentarische System der 3. Republik damals.

Schlechte Karten haben ethnisch heterogene Gesellschaften, wegen der unterschiedlichen Betroffenheit einzelner Gruppen und dem Mangel an Zusammenhalt. Die Spanische Grippe hat vor allem Italo-Amerikaner getroffen, was den Rest der Gesellschaft so wenig interessiert hat, dass Präsident Wilson auf dem Höhepunkt der Pandemie auf seiner Siegesparade in New York bestanden hat.

Schulschließungen sind durchaus kein Allheilmittel. Der Staat New York hat damals bewusst auf Schulschließungen verzichtet, auch gegen den Protest des Roten Kreuzes. Die Stadtverwaltung ging davon aus, dass sie die Schüler in der Schule gesundheitlich besser überwachen konnten und von der Gesellschaft isolieren konnten, als bei Schulausfall. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben, tatsächlich waren die schulpflichtigen Jahrgänge in New York so gut wie gar nicht von der Spanischen Grippe betroffen. Das zeigt, dass sich Maßnahmen am lokalen und regionalen Kontext orientieren müssen und sie nicht 1:1 übertragbar sind.

Es zeigt sich auch, dass die Politik die Pandemie nutzt, um ihre eigene politische und soziale Agenda voran zu treiben. In Südafrika wurde „Social Distancing“ benutzt, um in den urbanen Zentren die Rassentrennung durchzusetzen. Ideologisch hat die Spanische Grippe, sozialhygienische und eugenetische Ideen befördert. Demographisch hat es erst zu einem massiven Einbruch geführt und dann wurden die Geburtenraten überkompensiert. Man geht davon aus, dass für den Rückgang von zwei Geburten zu Zeit der Pandemie, 3 Geburten „nachgeholt“ wurden. Die Medizinhistoriker gehen außerdem davon aus, dass Immunität insbesondere der Männer, die wie heute vor allem davon betroffen waren, stark zugenommen und zu eine höheren Alterserwartung geführt hat.

Corona Krise in der Vollkasko-Gesellschaft.

In den Jahren 1969 und 1970 wütete in Deutschland die Hongkong-Grippe. Die Erkrankten spuckten Blut, die Krankenhäuser wurden überrannt, und am Ende waren 50.000 Infizierte tot. Im Vergleich zur Corona-Pandemie heute ist bemerkenswert, was die Politik in dieser Situation tat, nämlich im Großen und Ganzen nichts. Anders als die Ölkrise, der autofreie Sonntag, die Apo und die Studentenunruhen hat sich die Pandemie damals nicht einmal im historischen Gedächtnis verankert. So schnell, wie die Grippe sich ausgebreitet hatte, wurde sie auch wieder vergessen. Die Deutschen waren offensichtlich schwer aus der Ruhe zu bringen.

Das war nicht der einzige Blutzoll, den die Deutschen in dieser Zeit mit einem Schulterzucken hinnahmen. Im Jahr 1970 erreichte die Zahl der Verkehrstoten mit 21.000 ihren Höhepunkt. Dagegen lag die Zahl der Verkehrstoten im letzten Jahr bei 3.275. Es bedarf keiner großen Phantasie, sich auszumalen, welche öffentliche Debatte es heute in der Bundesrepublik gäbe, wäre die Zahl der Verkehrstoten nur annähernd so hoch wie damals: Das Auto wäre längst verboten worden. Davon konnte damals keine Rede sein. SPD-Verkehrsminister Georg Leber gab zur selben Zeit die Parole aus, dass keine Gemeinde ohne Autobahnzugang bleiben sollte.

Auch seine Genossen vertraten damals politische Positionen, bei denen ihren politischen Enkeln heute die Farbe aus dem Gesicht entweichen würde. Verteidigungsminister Helmut Schmidt rüstete die Bundeswehr auf, Arbeitsminister Walter Arendt wollte in der Ölkrise die türkischen Gastarbeiter abschieben lassen, und der SPD-linke Forschungsminister Hans Matthöfer sah die Kernkraft als Beispiel für erfolgreiche staatliche Infrastrukturplanung. Mit Positionen, die heute als „rechtspopulistisch“ gelten, ging man damals mit Bravour als Vertreter des sozialdemokratischen Mainstreams durch. Was im übrigen zeigt, wie zeitabhängig es ist, was als links oder rechts gilt.

In der frühen Bundesrepublik berichtete der frühere Fallschirmjäger Peter Scholl-Latour in einem von Zigaretenschwaden vernebelten „Internationalen Frühschoppen“ von den Fronten im Kongo bis nach Indochina. Die Springer-Presse ließ nach dem Sechstagekrieg General Mosche Dajan als „israelischen Rommel“ hochleben, die Polizei praktizierte gegenüber Demonstranten die „Leberwurst-Taktik“: in der Mitte reinstechen, an den Seiten rausplatzen lassen. Der bärtige Raimund Harmstorf verkörperte als Wolf Larsen in dem Filmklassiker „Seewolf“ brutale Vitalität und rücksichtslose Lebensbejahung, und Rudolf Augstein interviewte Martin Heidegger, den Philosophen des „Seins zum Tode“.

Politiker, Gewerkschafter, Unternehmer, Interessenvertreter gingen sich mit einer Härte an, die heute den Vorwurf gesellschaftlicher Spaltung erwecken würde. Franz Josef Strauß erklärte, er wolle lieber ein Kalter Krieger sein als ein warmer Bruder. Herbert Wehners Angriff auf die CDU/CSU, sie operiere „wie Joseph Goebbels“, führte dazu, dass deren Abgeordnete empört den Saal verließen. Sie polterten, schimpften und brüllten, nur um im nächsten Moment wieder zusammensitzen, zu rauchen, sich zu betrinken und den Laden am Laufen zu halten.

Auch nach dem härtesten Arbeitskampf mit enthemmter Klassenkampfrhetorik konnten sich Arbeitgeberfunktionär und Ex-NSDAP-Mitglied Hanns Martin Schleyer und Ex-KPD-Mitglied und Gewerkschaftsführer Willi Bleicher bei hohem Alkoholpegel auf den gemeinsamen Tarifvertrag einigen. Von der Zeit, in der ideologische Gegner nicht einmal mehr in der Lage waren, sich die Hand zu geben und auf demselben Podium zu sitzen, war man noch einige

Jahrzehnte entfernt. Die Bundesrepublik damals war rüder, härter, rüpeliger, streitbarer und dabei dynamisch, effizient, hemdsärmelig, zupackend und nach der Erfahrung des Krieges nur schwer zu erschüttern.

Die Bundesrepublik des Jahres 2020 teilt mit der Bundesrepublik des Jahres 1970 zwar dasselbe Grundgesetz, dieselben Institutionen, die Parteien und Organisationen haben dieselben Namen, nur die Menschen, die diese Institutionen, Organisationen und Parteien bevölkern, verkörpern einen völlig anderen Menschenschlag, der mental weiter von ihren bundesrepublikanischen Vätern und Großvätern entfernt ist als ein Eskimo von einem Polynesier. Das sollte im Übrigen jeder bedenken, der meint, Deutschland sei mit einer neuen Verfassung geholfen. Grundsätzlich gilt in der Realität weniger das Wort des Gesetzes als der Geist der Menschen, die unter dem Gesetz leben.

Die Neu-Bundesrepublikaner von heute achten auf gute Ernährung, trennen ihren Müll, führen Beziehungsgespräche, machen Yoga, suchen „sich selbst“, debattieren über ihre verunsicherte Geschlechteridentität und fürchten sich vor Kohlendioxid, Radioaktivität, Feinstaub und Viren. Sie ertragen keine „hässlichen Bilder“, nicht von der deutschen Grenze, nicht vom Mittelmeer, nicht von schmelzenden Eisschollen und nicht aus überlaufenden Krankenhäusern. Sie zahlen bereitwillig zwei Drittel ihres Einkommens an den Staat für das Versprechen, ihnen hässliche Bilder zu ersparen. Viele reagieren wie trotzige Kleinkinder auf „schockierende“ Ansichten mit Gesprächsverweigerung, weil sie bereits die Debatte über die unschönen Seiten der Realität als schwere psychische Belastung empfinden.

Selbst bei den Grünen lässt sich dieser Übergang sehr gut nachzeichnen. Man vergleiche die grünen Ikonen Joschka Fischer und Robert Habeck. Fischer, Sohn eines ungarndeutschen Metzgers, Linksextremist, Straßenkämpfer, Sexist und Rüpel. Demgegenüber: Robert Habeck, Kinderbuchautor, Super-Softie der Nation, der sich bei Gesprächen mit Grünen Parteikolleginnen in jedem zweiten Satz dafür entschuldigt, als Mann überhaupt eine Meinung zu vertreten. Nicht umsonst wurde er vor der Corona-Krise als möglicher Nachfolger Angela Merkels gehandelt, die sich mit ihrer therapeutischen Rhetorik, die an die ruhige Ansprache einer Betreuerin von Demenzkranken erinnert, auf Platz eins der Politikerhitliste gelangweilt hat.

Die Corona-Krise zeigt, wie sich in der hypersensiblen „post-heroischen“ Gesellschaft unsere Vorstellung darüber verändert hat, was wir unter einem Opfer verstehen. Während noch zwei Generationen Trümmerfrauen über ihre Zeit im Luftschutzbunker unter Flächenbombardierung wenige Worte verloren, wird in der hypersensiblen Gesellschaft zum Held, wer zu Hause bleibt und heroisch im Homeoffice und nach „Feierabend“ vor seinem Netflix-Anschluss ausharrt, natürlich unter der beständigen Anteilnahme der Öffentlichkeit, wie schwer es sei, ein solches Los zu ertragen, und der fortwährend geäußerten Befürchtung, dies könne zu höheren Selbstmordraten führen.

Das politische Spiegelbild dieser sozialen Hypersensibilität ist die Vollkasko-Gesellschaft, die jedes Lebensrisiko absichert, jede „Ungleichheit“ beseitigt, eine öffentliche Antwort auf jedes persönliche Unglück bereithält und staatliches Geld als Balsam auf jede Wunde schmiert. Sie führt zu einem unendlichen Regress des Unzumutbaren.

Flüge aus China zu stoppen und Grenzen zu schließen, ist unzumutbar, also breitet sich Corona aus. Das Risiko der Immunisierung einzugehen, ist unzumutbar, also wird ein Lockdown verhängt. Die sozialen Folgen des Lockdowns sind unzumutbar, also wird ein gewaltiges Rettungspaket geschnürt. Die daraus resultierende Schuldenlast durch

Einsparungen abzutragen, ist unzumutbar, also wird die Druckerpresse betätigt. Die Betätigung der Gelddruckmaschine ist die letzte verbliebene Handlungsoption in einer Gesellschaft, in der die Realitäten und Risiken des Lebens als emotionale Zumutung und moralischer Skandal begriffen werden.